Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 10.05.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform

Bereits in der März-Sitzung haben wir das Thema Unternehmenssteuerreform im Rahmen einer Aktuellen Stunde hier im Landtag diskutiert. In der damaligen Debatte wurde sowohl von Rednern der CDU als auch von der SPD betont, dass die Unternehmenssteuerreform die öffentlichen Haushalte nicht in unvertretbarer Weise belasten darf. Nun kann man lange darüber streiten, was □unvertretbar□ bedeutet, aber wenn man sich die Haushaltslage des Landes ansieht, dann kann es Sicht des SSW nur bedeuten, dass diese Reform unbedingt aufkommensneutral gestaltet werden muss. Deshalb haben wir den heutigen Antrag eingebracht.

Die bisherigen Pläne der Bundesregierung sind nämlich in keiner Weise aufkommensneutral, da die Unternehmen insgesamt über 5 Jahre mit jährlich mindestens 5 Mrd. Euro entlastet werden sollen. Nach Angaben der Landesregierung kostet die Reform dem Land Schleswig-Holstein mindestens 80 Mio. Euro Steuereinnahmen und den schleswig-holsteinischen Kommunen fast 40 Mio. Euro pro Jahr. Dies ist vor dem Hintergrund der immer noch angespannten finanziellen Lage des Landes und der harten Sparmaßnahmen im Doppelthaushalt 2007/2008 aus Sicht des SSW nicht hinnehmbar.

Die Kommunen, die Landesbediensteten und viele soziale und kulturelle Organisationen haben den massiven Sparkurs der Landesregierung im letzten Jahr am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Deshalb wäre es aus

SSW IM LANDTAG

Sicht des SSW geradezu ein Hohn für die Betroffenen, wenn man jetzt einfach den Unternehmen in dieser guten konjunkturellen Phase weitere Steuergeschenke machen will. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die Gewinne der 30 größten DAX-Unternehmen nach Presseangaben in diesem Jahr gegenüber 2006 mit einer zweistelligen Rate zunehmen und damit einen neuen Rekord erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, wenn der Bundesfinanzminister ohne Not auf die zusätzlichen Steuereinnahmen der großen Konzerne verzichten will. Denn die wirtschaftliche Lage und die Konjunkturaussichten sind ja so gut wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Es ist also nicht einsehbar, warum den Unternehmen weitere Steuergeschenke auf Kosten der öffentlichen Hand gemacht werden sollte. Der SSW fordert daher eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform, die nicht zur Belastung der öffentlichen Haushalte führt. Das heißt, wenn man die Steuersätze auf das internationale Niveau senken will was durchaus vernünftig sein kann dann muss man gleichzeitig die Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen die erwiesenermaßen in Deutschland sehr weit gefasst sind so einschränken, dass es Netto zu keinen Steuermindereinnahmen kommt.

Dies ist nach den bisherigen Informationen nicht der Fall. Dazu gibt es sogar Anzeichen, dass der Mittelstand bei der angedachten Reform wieder einmal benachteiligt wird. Dies sehen auch viele Steuerexperten so - zum Beispiel Professor Lorenz Jarass, der von 1998 bis 2000 Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung war. Jarass bezeichnete in der Frankfurter Rundschau die aktuellen Pläne für die Unternehmenssteuerreform als unsozial und vertritt die Auffassung, dass dadurch das Steuerrecht noch komplizierter wird als es heute schon ist.

Seiner Ansicht nach führt die Reform zu massiven Steuerausfällen höher als vom Bundesfinanzminister erwartet. Dabei werden die bestehenden strukturellen Probleme - nämlich die steuerliche Subventionierung des Arbeitsplatzexportes und die Zerschlagung inländischer Firmen - überhaupt nicht angegangen.

Der Bundesfinanzminister argumentiert damit, dass die steuerliche Belastung der deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich viel zu hoch ist. Richtig ist, dass der theoretische Steuersatz bei rund 39% liegt. Aber nach Berechnungen der EU sind es faktisch nur 20%, weil es so viele Abschreibungsmöglichkeiten gibt. Mit der reellen Steuerlast ist Deutschland also sehr wettbewerbsfähig, was ja übrigens auch der steigende Export jedes Jahr wieder beweist.

Es ist zwar löblich, wenn Herr Steinbrück jetzt viele der Steuerschlupflöcher

SSW IM LANDTAG

schließen will, aber von der Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 15% und der weiteren Ungleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften profitieren nur die großen Konzerne. Und die Steuereinnahmeverluste der öffentlichen Hand sind katastrophal zumal der angebliche langfristige finanzielle Ausgleich durch mehr Arbeitsplätze und höhere Gewinne aus Sicht des SSW vorläufig reine Utopie sind.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die letzte Unternehmenssteuerreform des damaligen Bundesfinanzministers Hans Eichel, die zu dramatischen Einnahmeverlusten auch in Schleswig-Holstein geführt hat. Die finanzielle Konsequenz aus dieser Reform ist nach den Zahlen von Finanzminister Wiegard geradezu die Ursache der Finanzprobleme des Landes. Und jetzt ist man in Berlin dabei, schon wieder den gleichen Fehler zu begehen.
Aus unserer Sicht reicht die Erhöhung der Erbschaftssteuer die wir natürlich befürworten allerdings nicht als Kompensation aus. Zumal sie nach Angaben von Finanzminister Wiegard nur 16. Mio. zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr für den Landeshaus erbringen würde. Wenn die Bundesregierung ihre Pläne nicht ändert, muss die Landesregierung daher im Bundesrat gegen diese Reform stimmen.

SSW IM LANDTAG